

21.05.2011 - Zeitung vom Lëtzebuenger Vollek - **Merkel stößt Spanier vor den Kopf**

Aussagen bezüglich Urlaub und Rente in Südeuropa haben nichts mit der Realität zu tun

Von Ralf Streck, Madrid - Spanier, Portugiesen und Griechen sollen nicht mehr Urlaub haben als Deutsche, meint Angela Merkel und suggeriert damit, daß dem so ist. Tatsächlich arbeiten die Beschäftigten in Südeuropa mehr, länger und zu niedrigeren Löhnen.

Im Süden Europas fühlt man sich von Angela Merkel vor den Kopf gestoßen. Die deutsche Bundeskanzlerin habe Spanier, Portugiesen und Griechen quasi als »faul« dargestellt, so die Wahrnehmung. Mit Bezug auf die finanziell angeschlagenen Euroländer hatte sie auf einer Parteiveranstaltung erklärt, es gehe darum, daß man dort »nicht früher in Rente gehen kann als in Deutschland«. Alle müßten sich »gleich anstrengen« und wer deutsche Hilfe in Anspruch nehme, könne nicht weniger Arbeiten und mehr Urlaub machen als in Deutschland. In Spanien fallen die Reaktionen auf den gefährlichen Populismus besonders heftig aus. Dies ist nachvollziehbar, denn das Land hat keinerlei Finanzhilfen vom Rest der EU beantragt. Wie Deutschland trägt Spanien die »Nothilfe« für Griechenland, Portugal und Irland mit Milliardenbeträgen, die den Haushalt belasten, obwohl man tief in der Wirtschaftskrise steckt und fast fünf Millionen Arbeitslose hat. Und in der offiziellen Aufstellung von Eurostat zur Gesamtverschuldung der Eurostaaten steht Deutschland mit 83,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) unmittelbar hinter Portugal auf Platz sechs, während Spanien erst an elfter Stelle folgt und mit einer Quote von 60,1 Prozent des BIP deutlich unter dem Durchschnitt liegt. Es ist eines der wenigen Länder, die die »Verschuldungsobergrenze« des EU-Stabilitätspakts einigermaßen einhalten.

Besonders ärgert in Madrid der Rentenvorwurf. Denn die spanische Regierung hat – unter anderem auf Druck aus Berlin – das Renteneintrittsalter gegen den Widerstand insbesondere der Gewerkschaften auf 67 Jahre erhöht. Während die Anhebung in Deutschland ab 2012 schrittweise bis 2029 kommen soll, wird das in Spanien bis 2027 der Fall sein. Und schon jetzt gehen die Spanier im Schnitt mit 62,6 Jahren in Rente, in Deutschland hingegen bereits mit 61,4 Jahren. Dies und auch die schmale Durchschnittsrente von 760 Euro erklärt, warum in Spanien gerade einmal acht Prozent des BIP für die Renten aufgewendet werden, in Deutschland aber elf Prozent. Bis heute stützt der spanische Staat, anders als der deutsche, die Renten auch nicht aus Steuermitteln.

Auch der Blick auf die Urlaubsregelungen macht deutlich, daß keine von Merkels Aussagen stimmt. Zumal es keinen Sinn macht, den gesetzlichen Mindestanspruch als Meßlatte zu nehmen. Dieser ist in Spanien zwar zwei Tage mehr als in Deutschland, wo der Anspruch 20 Tage beträgt. Doch nach Tarifverträgen hat man in Deutschland im Durchschnitt mit 30 Tagen real deutlich mehr Urlaub. Das schlägt sich auch in den gearbeiteten Jahresstunden pro Beschäftigten nieder. Nach einer Studie der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) werden in Spanien durchschnittlich 1.654 Stunden im Jahr gearbeitet, in Deutschland sind es 1.390 Stunden. In Portugal und Griechenland ist es übrigens noch mehr: Dort arbeiten laut OECD diejenigen, die noch einen Job haben, im Schnitt sogar 1.719 respektive 2.119 Stunden. Und daß die Löhne der meisten Beschäftigten dort für größere Urlaubsreisen ohnehin nicht ausreichen, interessiert die Kanzlerin erst gar nicht.

21.05.2011 - Zeitung vom Lëtzebuerger Vollek - **Unser Leitartikel: Der Funke**

Von Christoph Kühnemund - Vergangene Woche erklärte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ganz unverblümt, was sie sich für die Menschen in den EU-Ländern wünscht: mehr Arbeiten für weniger Geld und bei weniger Anspruch auf Erholungsurlaub. Eine weitere Keule gegen die »faulen Südeuropäer«, über die in den Medien so allerhand Unsinn verbreitet wird, um die eigene Bevölkerung auf Linie zu bringen, was leider durchaus fruchtet. Auch Premier Juncker legte noch einmal nach. So wird dem eigenen Volk eingetrichtert, jeder Einzelne von ihnen würde die lediglich in römischer Dekadenz schwelgenden Südeuropäer finanzieren, die ja ach soviel Urlaub haben, unverschämt früh in Rente gehen und sowieso auch noch Prämien zum Jahresende bekommen. Die hohe Arbeitslosigkeit der betroffenen Länder läßt dazu gewälzte Statistiken ohnehin zur reinen Theorie werden.

Keine Rede ist freilich davon, daß diese Richtwerte nur deshalb, wenn auch nur minimal, höher sind, als in der BRD, weil letztere im Zuge massiven Sozialabbaus zugunsten der Wirtschaft mittlerweile unter jene Werte gefallen ist, wie es sie noch in jenen Ländern gibt, die erst dabei sind, den Sozialstaat zu schleifen. Auch keine Rede davon, daß diese Rentenreformen reiner Sozialabbau sind, weil sie aus rein demographischen Gesichtspunkten begründet werden, ohne die Produktivität zu beachten.

Wenn deren Bevölkerungen nun auf die Straße gehen, weil sie sich die Butter aufs Brot und das Dach über dem Kopf nicht mehr leisten können, stoßen sie damit vielerorts auf wenig Gegenliebe bei den Mitmenschen in Mitteleuropa, die sich nicht so recht trauen, einmal um sich zu schauen, wie es in ihrem Land bestellt ist oder gar die Faust aus der Tasche nehmen und es den Spaniern oder Griechen gleichtun. Sie werden weiter gefüttert mit Nachrichten wie: »geht es der Wirtschaft gut, dann geht es uns allen gut«.

So wird ein Keil zwischen die Menschen der verschiedenen EU-Länder getrieben, ein Graben, der das Feuer des sozialen Aufbegehrens bremsen soll. Nachrichten über die beginnende Protestbewegung auf den Plätzen spanischer Städte wurden vereinzelt gar erst drei bis vier Tage später im Fernsehen gezeigt, gepaart mit den üblichen Floskeln: »linksradikale Jugendliche«. Und was auch sichtbar wird: Spanien reagiert mit Demonstrationsverbot und, sollte dieses nicht beachtet werden, sicherlich auch mit schärferen Mitteln; nicht anders also, wie in den Ländern Arabiens geschehen, von deren Regierungen Demokratie und Respekt vor Volkes Wille eingefordert wird.

Die Gewerkschaften des EGB, die in Athen beschlossen, gemeinsam am 21. Juni in Luxemburg wieder für eine sozialere EU zu demonstrieren sind nun gefragt, weiter auf der Basis dieses Bündnisses Forderungen des »sozialen Dialogs« zu stellen oder zu erkennen, daß mit dieser EU kein gerechtes und soziales Europa zu machen ist, an deren Grenzen Flüchtlinge ertrinken, die aus ihren, auch von der EU wirtschaftlich erdrückten Ländern fliehen.

Es ist an der Zeit, zu erkennen, daß breiter Widerstand aller fortschrittlichen Kräfte vonnöten ist, um die vollständige Zerschlagung aller sozialen Errungenschaften zu verhindern, für deren Erreichen unsere Eltern und Großeltern viel Kraft investiert haben. Der Funke ist jedenfalls in Europa angekommen. **Christoph Kühnemund**

21.05.2011 - Zeitung vom Lëtzebuerger Vollek - **Demonstrationen in Spanien verboten**

Madrid – Das zentrale Wahlgericht in Madrid hat am Donnerstagabend alle für den Samstag in Spanien geplanten Demonstrationen verboten. Die Richter begründeten ihre Entscheidung mit der traditionellen »Reflexionszeit« vor den Kommunalwahlen am Sonntag. Man müsse »die Transparenz und Objektivität des Wahlprozesses und das Prinzip der Gleichheit« verteidigen, so die Juristen. Die Anwendung der Regel in diesem Fall war jedoch umstritten,

das 13-köpfige Gremium entschied schließlich mit einer Stimme Mehrheit dafür, die Demonstrationen zu verbieten.

Die Entscheidung des Gerichts stieß prompt auf die Zustimmung der Generalsekretärin der rechtsnationalistischen Oppositionspartei PP, María Dolores de Cospedal, die im spanischen Fernsehen erklärte, man habe »ein Recht darauf, daß die Zeit der Reflexion garantiert wird, daß dies eine ruhige Zeit ist«.

Die Demonstranten, die seit Tagen unter anderem auf dem zentralen Platz Puerta del Sol in Madrid ausharren, wollen sich von der Entscheidung hingegen nicht beeindruckt lassen. »Wir sind keine Partei, und sie können uns nicht vorschreiben, was wir tun oder lassen sollen«, erklärten Sprecher der Bewegung. Teilnehmer der Demonstrationen zeigten auch den formellen Ausweg auf: »Jeder kann sein Recht auf Reflexion nutzen, durch die Straßen spazieren oder an der Puerta del Sol ein i-Pod kaufen.« Sprecher der Bewegung »Wirkliche Demokratie Jetzt« erklärten zudem, es gebe zwar keinen offiziellen Demonstrationsaufruf für Sonnabend, es werde aber schwer sein »die Leute daran zu hindern, zur Puerta del Sol zu kommen«.

Der spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero will sich ein mögliches Vorgehen der Polizei gegen die am Samstag bevorstehenden – und für illegal erklärten – Proteste im Land offenhalten. Sollten die Demonstrationen einen Tag vor den Regional- und Kommunalwahlen trotz des Verbots stattfinden, werde er eine Entscheidung treffen. »Laßt uns sehen, was morgen passiert«, sagte der Regierungschef am Freitag in einem Radiointerview. »Ich sollte die Ereignisse nicht vorwegnehmen.«

Die vor allem jungen Demonstranten sorgen sich um ihre Zukunftsaussichten und werfen den etablierten Parteien vor, sich ihrer Probleme nicht anzunehmen. Zapatero rief sie dazu auf, das Demonstrationsverbot am Samstag zu respektieren.

Bei den Kommunal- und Regionalwahlen am Sonntag werden deutliche Verluste für die regierenden Sozialisten von Ministerpräsident Zapatero erwartet.

21.05.2011 - Zeitung vom Lëtzebuerger Vollek - **Merkel redet Klartext**

Von Uli Brockmeyer - Es ist absolut notwendig, den Politikern genau aufs Maul zu schauen, denn es kommt immer wieder vor, daß sie genau das meinen, was sie sagen. So auch in diesen Tagen bei Frau Merkel. Die deutsche Kanzlerin und CDU-Vorsitzende – in beiden Funktionen eine gute Freundin unseres Premiers – hatte sich eine Parteiversammlung in Nordrhein-Westfalen ausgesucht, um wieder mal ein Machtwort in Richtung EU zu sprechen. Griechen und Portugiesen sollten sich gefälligst mehr anstrengen, weniger Urlaub machen und nicht so früh in Rente gehen, erklärte die Kanzlerin. Und machte damit erneut klar, wer in den Augen der Öffentlichkeit für die Krise verantwortlich zu sein hat: Die faulen Südeuropäer nämlich, und nicht etwa die Wirtschafts- und Finanzlenker, und schon gar nicht das kapitalistische System, das sie mästet.

Mit diesen deutsch-überheblichen und zudem noch völlig unbegründeten Vorwürfen macht man sich natürlich keine Freunde in Griechenland, Portugal oder Spanien – aber das ist ja auch nicht die Aufgabe der deutschen Kanzlerin. Deren Hauptaufgabe besteht einzig und allein darin, die besten inneren und äußeren Bedingungen für das Gedeihen und Wachsen des Kapitals zu gewährleisten. Dazu kann auch gehören, den Leuten im Ausland zuweilen mal kräftig den Marsch zu blasen und deutlich zu machen, wer Herr im Hause EU-Europa ist.

Dem deutschen Bank- und Finanzkapital ist es schon lange ein Dorn im Auge, daß mit dem Verschwinden der sozialistischen Länder in Europa nicht auch gleich die sozialen Errungenschaften der Schaffenden und ihrer Gewerkschaften in Westeuropa hinweggefegt werden konnten. Deshalb arbeitet die Internationale des Kapitals seit über zwanzig Jahren daran, diese Errungenschaften Stück für Stück zu beseitigen. Deshalb wehrt sich die EU-Nomenklatura so vehement dagegen, anständige Steuersätze für Reiche einzuführen und die Krisengewinnler ordentlich zur Kasse zu bitten.

Gleichzeitig wird eine EU-weite Einführung gesetzlicher Mindestlöhne bekämpft, wird den Bürgern die Lüge von der Überalterung der Gesellschaft und der daher notwendigen permanenten Anhebung des Renteneintrittsalters aufgetischt. Allgemein anerkannte soziale Standards für die Regelung der Arbeitszeit und auch für die gesundheitliche Betreuung werden ausgehöhlt. Es wird massiv versucht, in Luxemburg, Belgien, Malta und Zypern den Index abzuschaffen. Alle diese und weitere Angriffe auf hart erkämpfte soziale Errungenschaften werden begründet mit der Notwendigkeit, innerhalb der EU die Standards anzupassen. Und damit niemand auf die Idee kommt, als Maßstab dafür die höheren Standards zu nehmen, werden die verspottet und verteufelt.

Daß dabei auch nationalistische und xenophobe Stimmungen angeheizt werden, wird gern und billigend in Kauf genommen. Denn für die Herrschenden ist es nie von Vorteil, wenn die Völker sich gut verstehen, und schon gar nicht, wenn die Schaffenden sich über Ländergrenzen hinweg zusammenschließen. Genau das ist aber dringend nötig, um den Merkel, Sarkozy, Juncker und deren Auftraggebern einen Strich durch die Rechnung zu machen.

bro